

Wir haben ein Netto-, kein Brutto-Problem

Insgesamt wird die Bedeutung der Lohnerhöhungen in Deutschland sowieso überschätzt: Denn wir haben hierzulande kein Brutto-, sondern ein Netto-Problem.

Die Tarifabschlüsse können noch so gut ausfallen, am Ende profitiert davon nur selten der Einzelne, sondern vor allem der Staat.

Er - und nicht die Arbeitgeber - trägt mit Steuererhöhungen und immer neuen Gebühren die Hauptschuld daran, dass der Aufschwung "nicht bei den Menschen ankommt".

Wer als Politiker dafür die angeblich so gierige und verantwortungslose Wirtschaft verantwortlich macht, versucht schlichtweg das (Wahl-)Volk zu täuschen.

Denn dringender als Tarifabschlüsse von sechs, acht oder zehn Prozent mit langwierigen Verhandlungen, Arbeitskämpfen und den damit verbundenen Kosten beziehungsweise Risiken benötigen wir endlich eine Steuerreform, die jeden Einzelnen deutlich entlastet. Die würde nämlich tatsächlich allen nutzen: Den Arbeitnehmern, weil sie bei gleicher Leistung mehr Geld zur Verfügung haben, den Unternehmen, weil dieses zusätzliche Geld die Kaufkraft im Land erhöht.

Nur eben den Politikern nicht, die es offenbar lieben, fremde Einkommen so zu verteilen, wie sie es wollen. Und nicht, wie es vernünftig und gerecht wäre.

Lars Haider

Quelle: Kommentar in "Berliner Morgenpost" vom 16. Januar 2008, Seite 2

Folgend einige deutliche Fakten zum obigen Kommentar

Aufschwung geht an den Arbeitnehmern meist vorbei

Staat profitiert von höheren Einnahmen

Der Staat hat in Deutschland einen großen Teil des Aufschwungs für sich vereinnahmt. Die Arbeitnehmer haben dagegen viel weniger von der guten Konjunktur profitiert.

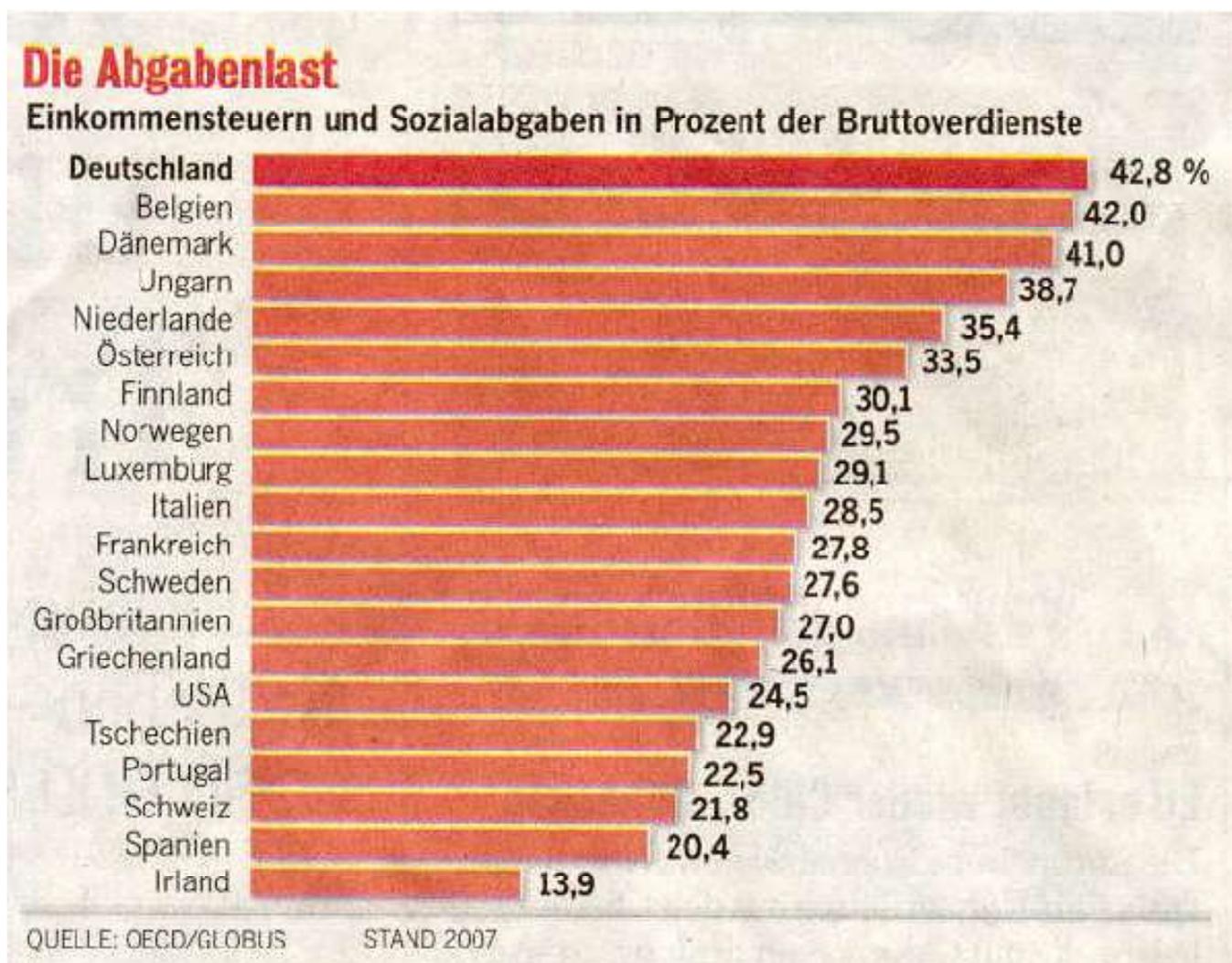
Im Laufe der drei Aufschwungjahre 2004 bis 2007 stiegen die Einnahmen des Staates insgesamt um 107 Milliarden Euro. Die Bruttolöhne und -gehälter der Arbeitnehmer nahmen dagegen nur um 40 Milliarden Euro zu. Doch auch davon landete mehr als die Hälfte als Steuern und Abgaben beim Staat. Netto blieben den Beschäftigten nur 16 Milliarden Euro. Vereinfacht gesagt, ist vom Aufschwung damit fast siebenmal mehr Geld beim Staat angekommen als beim Durchschnittsverdiener.

Allein 2007 stiegen die Einnahmen der öffentlichen Haushalte um fast fünf Prozent auf rund 1065 Milliarden Euro. Das geht aus vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes hervor. Für den Rekord sorgte vor allem die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 16 auf 19 Prozent. Die Einnahmen aus der Einkommen- und Vermögensteuer erhöhten sich um mehr als neun Prozent. „Der Staat ist der große Aufschwungsgewinner, da er durch die Steuern überproportional an den steigenden Einkommen der Bürger mitverdient hat“, sagt Karl Heinz Däke, Präsident des Bundes der Steuerzahler.

Befürworter einer Steuersenkung sehen dafür deshalb jetzt Spielraum – und angesichts der zuletzt schwächelnden Konjunktur auch gute Gründe. Die Bundesregierung lehnt die Entlastung der Bürger bei der Einkommensteuer aber ab.

Quelle: "Berliner Morgenpost" vom 10. Februar 2008, Seite 1

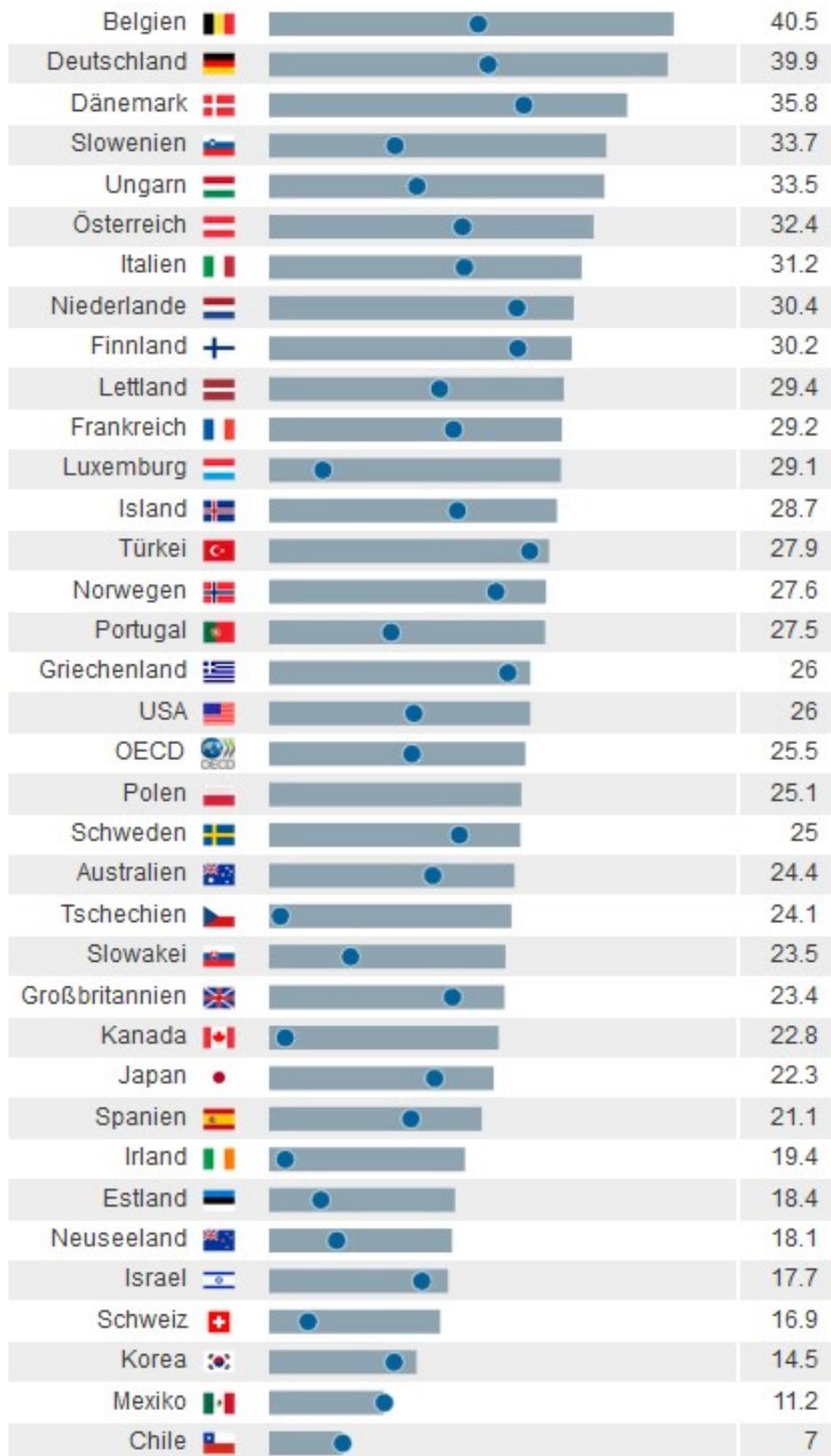
Deutschland hält den traurigen Rekord



Quelle: "Berliner Morgenpost" vom 14. Mai 2008, Seite 2

**An dieser Situation hat sich innerhalb von 10 Jahren nur geändert,
dass Deutschland auf Platz zwei gelandet ist:**

Steuern und Arbeitnehmerbeiträge zu den Sozialversicherungen in Prozent des Bruttoverdienstes für Alleinstehende in 2017



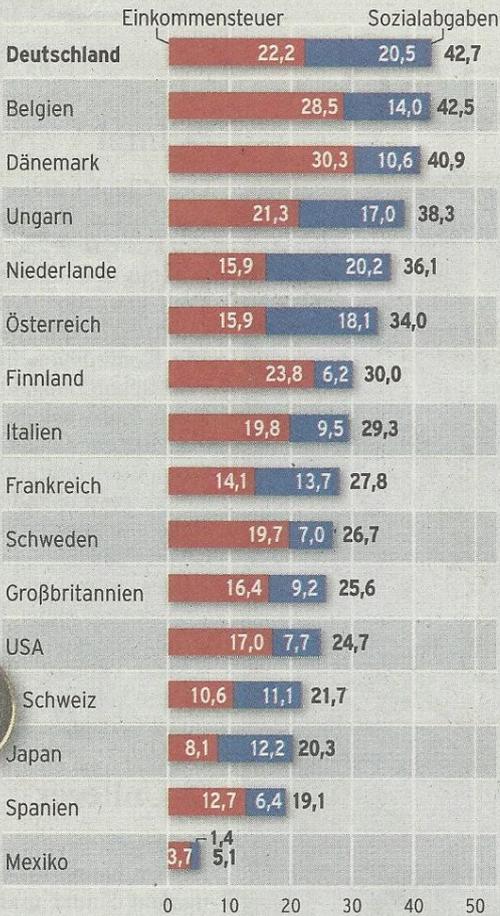
Quelle: <https://www.compareyourcountry.org/taxing-wages?lg=de>

Fazit: Der einzige Ausweg heißt Auswandern

Nirgendwo zieht der Staat mehr ab als in Deutschland

Deutschland ist der Abgaben-Weltmeister

Steuern und Sozialabgaben in %¹⁾



In allen Lebenslagen hoch besteuert

Abgaben auf den Bruttolohn 2008^{1,2)}



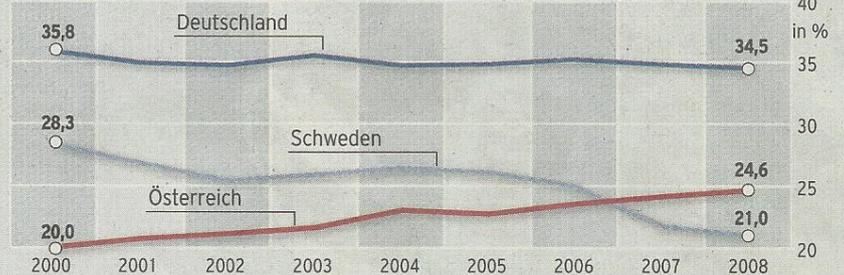
Zum Teil kuriose Steuerregelungen

Abgaben auf den Bruttolohn 2008^{1,2)}



Selten gelingt die Entlastung von Familien

Abgaben auf den Bruttolohn eines Ehepaars mit 2 Kindern²⁾
(Voll-, Teilzeit, 100 % und 67% des Durchschnittsbrutto)



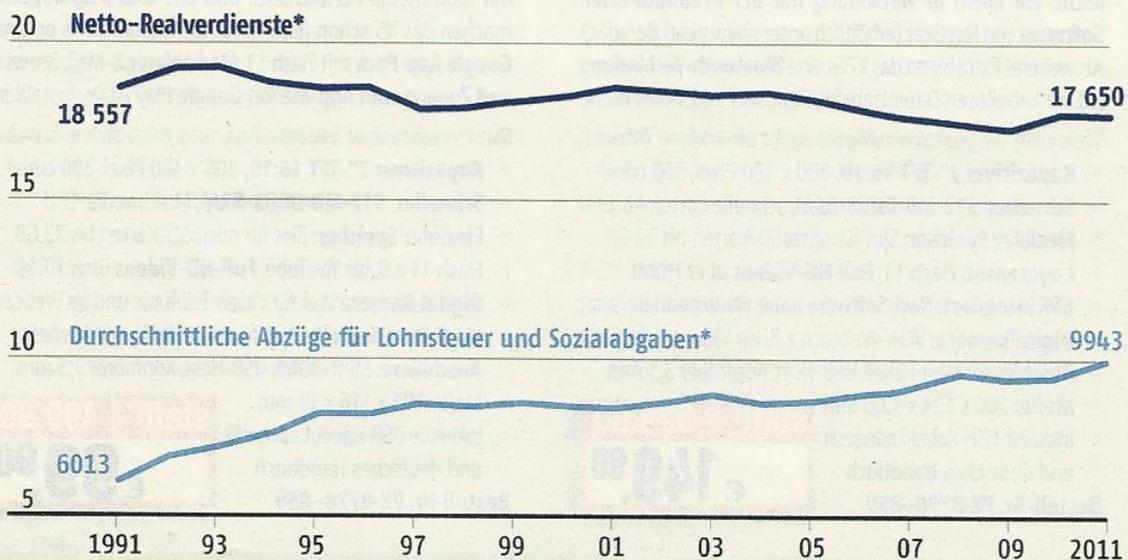
1) In Prozent der Durchschnittseinkommen 2008. 2) Lohnsteuer, Sozialbeiträge Arbeitnehmer, abzüglich Transfers. 3) Verdienst: 33% des Durchschnittsbrutto. Quelle: OECD/Foto: R. Wohlfahrt/FA.Z.-Grafik Niebel

Quelle: "Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung" vom 17. Mai 2009, Seite 44

So gefräßig ist der Staat

Während die Durchschnitts-Nettoverdienste (inflationsbereinigt) sinken, steigen die Abgaben. Im Portemonnaie der Bürger kommt also immer weniger Geld an.

Entwicklung des verfügbaren Einkommens und der Abgaben



Quellen: BMAS, Stat. Bundesamt, Taschenbuch 2011

* jährlich je beschäftigten Arbeitnehmer

Faktenreport Fiskus

Ein Knick in der Tarifkurve und der Effekt der Progression: Der Staat hat die Einkommensteuer so angelegt, dass sich am Ende vor allem **öffentliche Kassen** füllen.

Wer trägt wie viel zum Aufkommen der Einkommensteuer bei

Von den **oberen 5%** Steuerpflichtigen mit Einkünften ab **107 341 Euro**:



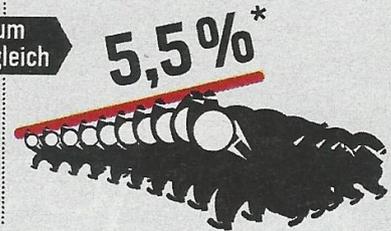
Von den **oberen 50%** Steuerpflichtigen mit Einkünften ab **29 309 Euro**:

Die oberen 5% sind in der Gruppe der oberen 50%



zum Vergleich

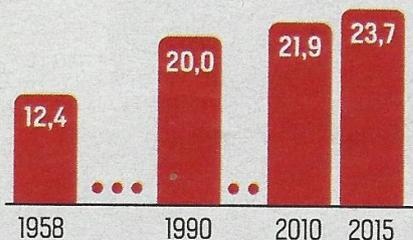
Von den **unteren 50%** Steuerpflichtigen mit Einkünften bis **29 309 Euro**:



*der vom Staat eingenommenen Einkommensteuer

Die Progression

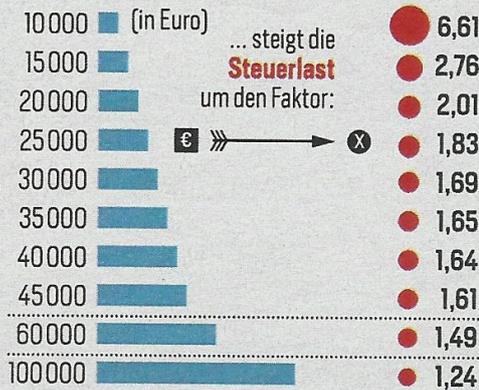
Mit der Progression wächst die Steuerbelastung doppelt so schnell wie das Einkommen.
Lohn- und Einkommensteuer in Prozent vom Verdienst eines Durchschnittsverdieners



Ohne diesen Effekt würde der Durchschnittsverdiener heute rund **4000 Euro** weniger Steuern zahlen.

Die Steuerschraube

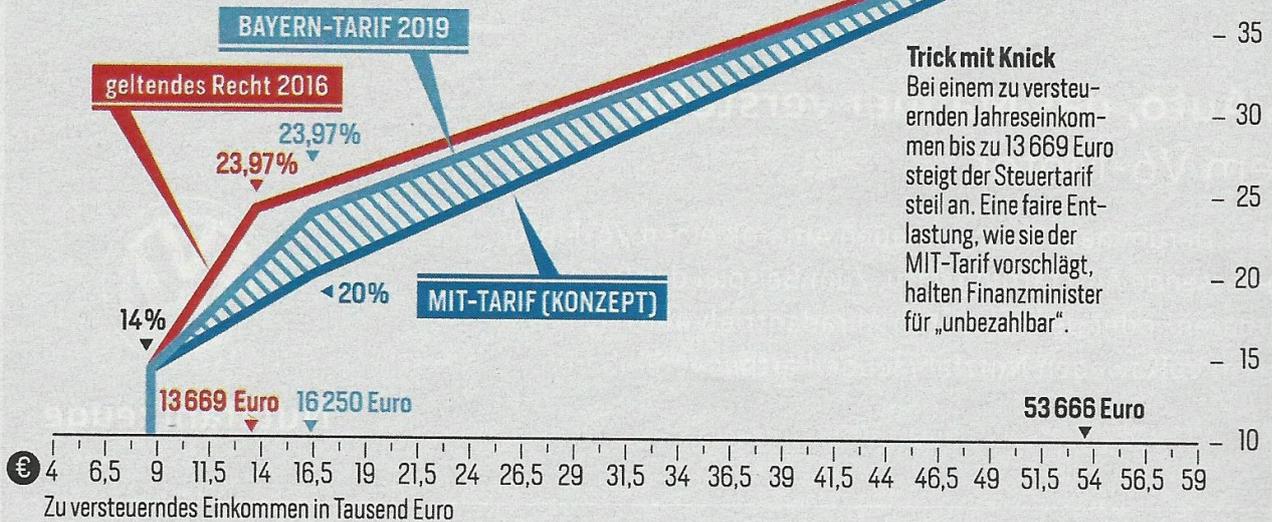
Bei **Jahreseinkommenssteigerungen von 1%** auf ...



Heimliche Steuererhöhungen

Mit dem Einkommen erhöht sich auch der Steuersatz. So wirkt die Progression. Sie ist so stark, dass die Steuerlast bei mittlerem Verdienst doppelt so schnell steigt wie das Einkommen. Damit bekommt der Fiskus immer mehr.

Der Einkommensteuertarifverlauf



Quellen: Deutsches Steuerzahlerinstitut DSI, Bund der Steuerzahler, Finanzministerium Bayern, MIT

Markus Söder (CSU):

„Dass Arbeitnehmer nach einer Lohnerhöhung real netto weniger haben als vorher, gehört zu den unfairsten Elementen des deutschen Steuerrechts.“

Quelle: "FOCUS" vom 1. Oktober 2016, Seite 74

Hier gibt es zum Netto- noch ein Brutto-Problem:

Renten

Armes, altes Deutschland

Ein Durchschnittsverdiener, der sein Leben lang gearbeitet hat, bekommt in Deutschland eine staatliche Bruttorente in Höhe von gerade einmal 40 Prozent seines Endgehalts, so eine Analyse des Beratungsunternehmens Mercer. Um den Lebensstandard im vorgerückten Alter annähernd halten zu können, sei eine Quote von 65 bis 80 Prozent notwendig. Vor allem Geringverdiener müssen sich im Alter einschränken: Ihre Quote (38 Prozent) ist die niedrigste in ganz Westeuropa, so Mercer-Forscher Norman Dreger. In Polen sind es 43, in Slowenien 44 Prozent. mk

Quelle: "FOCUS" vom 19. März 2016, Seite 84

Beim Soli zeigt der Staat, dass er ein unseriöser Partner ist

Das zunehmende Gerede über Steuersenkungen ist im Prinzip erfreulich, muss aber auch Misstrauen wecken. Weil die gerechteste und längst fällige Senkung nur von wenigen diskutiert wird: Der Soli muss endlich weg! Seit 25 Jahren zahlen wir diese Ergänzungsabgabe (derzeit 5,5 %) auf die Einkommensteuer, die es nach den Zusagen des damaligen Kanzlers Helmut Kohl längst nicht mehr geben dürfte. „Bis Ende 99 ist der Soli endgültig weg“, hatte er versprochen, aber die nachfolgenden Regierungen denken nicht daran, sein Versprechen gegenüber den Steuerzahlern zu erfüllen. Der deutsche Staat erweist sich wieder einmal als unseriöser Partner. Mit einer unglaublichen Dickfelligkeit klammern sich Finanzminister Schäuble und die Kohl-Nachfolgerin an die Einnahmen, die dem Staat längst nicht mehr zustehen.

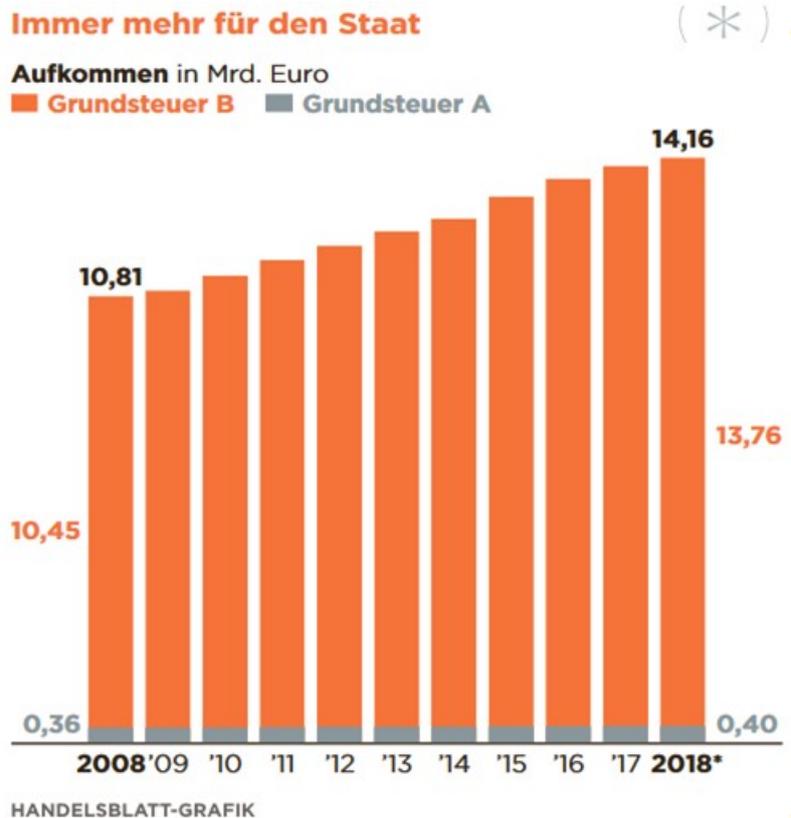
Dabei wäre die Abschaffung des Soli eine der einfachsten Übungen. Mit einem Beschluss des Bundestags wäre er vom Tisch. Weil das Steuergeld ausschließlich in die Bundeskasse fließt, wäre eine Zustimmung des Bundesrats nicht nötig. Die Grünen, die in zehn Landesregierungen Blockaden inszenieren können, hätten keine Chance.

Dass Wolfgang Schäuble auf dem Schatz hocken bleiben will, liegt auch daran, dass der ständig wächst. Mit dem ungebremsten Steueraufkommen und der ungerechten Progression steigen auch die Einnahmen aus der Ergänzungsabgabe. 2010 brachte der Soli noch 11,7 Milliarden Euro, in diesem Jahr kalkuliert Schäuble mit 16,4 Milliarden.

Und um die plumpeste Bürgertäuschung anzusprechen: Der Staat kann dieses Geld verwenden, wofür er will. Die heimliche Dauersteuer hat mit der Unterstützung der Ostländer nichts zu tun. Der Begriff "Solidaritätszuschlag" ist reiner Etikettenschwindel.

Quelle: Helmut Markwort in "FOCUS" vom 3. September 2016, Seite 130

Die in Deutschland von jeder Gemeinde individuell festgesetzte Grundsteuer verteuert das Wohnen sowohl im Eigenheim als auch für jeden Mieter, denn der Vermieter kann die Grundsteuer auf die Miete umlegen. Im Laufe von zehn Jahren wurde die Grundsteuer um durchschnittlich rund 40 Prozent erhöht:



Die **Grundsteuer A** (agrarisches) wird auf Grundstücke der Landwirtschaft erhoben, die **Grundsteuer B** (baulich) für bebaute oder bebaubare Grundstücke und Gebäude.

LIVE ABSTIMMUNG 17.579 MAL ABGESTIMMT

Zahlen die Deutschen zu viele Steuern?



Stand vom 15. Januar 2019